

Interpellation Schlegel-Grabs / Eilinger-Waldkirch / Thalmann-Kirchberg (26 Mitunterzeichnende)
vom 16. Februar 2011

Tiefere Versicherungsprämien für rauchfreie Gastgewerbebetriebe

Schriftliche Antwort der Regierung vom 5. April 2011

Paul Schlegel-Grabs, Ruedi Eilinger-Waldkirch und Linus Thalmann-Kirchberg vermuten in ihrer Interpellation vom 16. Februar 2011, dass Gastwirtschaftsbetriebe als Folge des seit Mitte 2010 geltenden Rauchverbots inskünftig einem deutlich geringeren Brandrisiko unterworfen sein werden. Sie erwarten deshalb, dass die Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen ab 2012 für diese Betriebe die Prämien entsprechend anpasst.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Gebäudeversicherungsprämie setzt sich zusammen aus einer Grundprämie und einer allfälligen Zuschlagsprämie (vgl. Art. 23 f. des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, sGS 873.1). Die Grundprämien unterscheiden sich je nach Gebäudeklasse, d.h. sie sind abhängig von der Bauart des versicherten Gebäudes (nicht brennbar, teilweise brennbar, brennbar). Prämienzuschläge werden erhoben, wenn eine Gebäudekategorie eine überdurchschnittliche Schadenbelastung aufweist. Die Festlegung der Zuschlagsprämien basiert auf den Schadensätzen der einzelnen, aufgrund der Nutzung (Zweckbestimmung) gebildeten Gebäudekategorien. Massgebend für die Bemessung der Prämienzuschläge für erhöhtes Brandrisiko sind damit die tatsächlichen Schadenbetreffnisse der vergangenen Jahre in den einzelnen Nutzungskategorien. Gebäude mit gewerblicher, industrieller oder landwirtschaftlicher Nutzung sowie gemischt genutzte Gebäude (Wohn-/Gewerbenutzung) sind einer von 21 Nutzungskategorien zugeordnet. Gastwirtschaftsbetriebe sowie Gebäude mit gemischter Nutzung «Wohnen und Gastwirtschaft» bilden je eine Kategorie.

Die Schadenstatistik weist für die Kategorie «Gastwirtschaftsbetriebe» den zweithöchsten Schadensatz aus (nach der Kategorie «Holzindustrie/-gewerbe» und unmittelbar vor der Kategorie «Hotelbetriebe»). Die Mischkategorie «Wohnen/Gastwirtschaft» befindet sich an sechster Stelle, weist also ebenfalls ein überdurchschnittliches Brandrisiko auf. Aufgrund dieser Erfahrungswerte ergibt sich für die Kategorie «Gastwirtschaftsbetriebe» aktuell ein Prämienzuschlag von 160 Prozent (bezogen auf die Grundprämie), für die Kategorie «Wohnen/Gastwirtschaft» ein solcher von 60 Prozent. Bei einem rein gewerblich genutzten Gebäude der Kategorie «Gastwirtschaft» und einem angenommenen Versicherungswert von 1,0 Mio. Franken beträgt der Zuschlag auf der Jahresprämie je nach Gebäudeklasse zwischen Fr. 320.– und Fr. 800.–. Im Fall eines gemischt genutzten Gebäudes «Wohnen/Gastwirtschaft» mit demselben Versicherungswert von 1,0 Mio. Franken beläuft sich die jährliche Zuschlagsprämie auf Fr. 120.– bis Fr. 300.–. Für gewerblich oder gemischt genutzte Gebäude ist immer eine Zuschlagsprämie zu entrichten, weil sie ein höheres Brandrisiko aufweisen als reine Wohnbauten, Bürogebäude oder Schulhäuser. Selbst unter der Annahme, dass die Gastgewerbebetriebe inskünftig wegen des Rauchverbots ein tieferes Schadenrisiko aufweisen, wäre somit nicht damit zu rechnen, dass die Zuschlagsprämie ganz wegfallen würde.

Dass die Annahme eines inskünftig tieferen Brandrisikos jedoch fraglich ist, ergibt sich aus der Schadenstatistik. Eine Auswertung der Brandschadenfälle in den Nutzungskategorien «Gastwirtschaftsbetriebe» und «Wohnen/Gastwirtschaft» zeigt nämlich, dass hier Raucherwaren (Zigaretten, Zündhölzer, Feuerzeuge, Aschenbecher, usw.) bei den Brandursachen eine untergeordnete

Rolle spielen. Lediglich 5,9 Prozent der Schadenkosten bei Brandfällen in Gastwirtschaftsbetrieben waren im Durchschnitt der letzten zehn Jahre auf Raucherwaren zurückzuführen. Häufigste Ursachen sind hier: Brandstiftung, unsachgemässer Umgang mit Feuer oder brennbaren Materialien (unsachgemässe Verwendung von Apparaten, Kerzen, Schweissarbeiten im Zusammenhang mit Umbauten oder Renovationen) sowie Mängel an Apparaten und elektrischen Installationen. Aufgrund dieser Erfahrungswerte ist somit nicht damit zu rechnen, dass rauchfreie Gaststätten inskünftig ein signifikant tieferes Schadenrisiko aufweisen werden als bisher.

In Bezug auf die konkret gestellten Fragen ergibt sich Folgendes:

Eine den künftigen Schadenverlauf vorwegnehmende Anpassung der Zuschlagsprämie für Gastwirtschaftsbetriebe wäre nicht praktikabel. Zum Einen müsste man erwartete Verhaltensänderungen und Verschiebungen bei den Brandursachen prognostizieren. Das ist jedoch nicht möglich, sondern wäre rein spekulativ. Das Abstützen auf Erfahrungszahlen in der Vergangenheit zwecks verursachergerechter Prämiendifferenzierung ist sachgerecht. Zum Andern käme es einem Systembruch gleich, wenn man lediglich für eine Nutzungskategorie auf andere – prospektiv ausgerichtete – Berechnungsgrundlagen abstützen würde. Das würde zu einer inkonsistenten Ordnung und zu einer Ungleichbehandlung der verschiedenen Gebäudekategorien führen. Ein Änderungsbedarf besteht somit nicht.

Dies gilt erst recht, wenn man berücksichtigt, dass die der Forderung nach einer Anpassung der Zuschlagsprämie für Gastgewerbebetriebe zugrunde liegende Annahme zweifelhaft ist. Die Erfahrungswerte zeigen wie erwähnt, dass bloss aufgrund des Rauchverbots in Gaststätten nicht mit einer signifikanten Senkung des Brandrisikos gerechnet werden kann.

Es kommt hinzu, dass die Prämien der kantonalen Gebäudeversicherung trotz Risikozuschlag immer noch vergleichsweise günstig sind. In Relation zu den gesamten Betriebskosten eines Gastwirtschaftsbetriebes würde eine teilweise Reduktion der Zuschlagsprämien lediglich marginal zu Buche schlagen.